

Berlin, Freitag,

den 16. December 1892.

Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich.

Bezugs-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 M. 50 Pf. ohne Steuern, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 M.

für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für Frankreich bei Aug. Arnould in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Pine Street E. C., Comis & Co. in London, 19 Grenham Street E. C.

# Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

- Verdingungs-Anzeiger.
- Hôtels- und Bäder-Anzeiger.
- Vollständige Zeichnungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.
- Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Restanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

die vierzeilige Zeile 40 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Zur Lage.

Die erste Lesung der Militärvorlage ist beendet und Parlament wie Regierung haben Anlaß, im Rückblick auf die dreitägige Debatte den zuerst eingenommenen Standpunkt nochmals zu prüfen und etwa erforderliche Veränderungen zu vollziehen. Was das Parlament anlangt, so scheint es daselbst noch an jeder Möglichkeit einer Verständigung zu fehlen. Freisinn und Centrum — zusammen noch keine Mehrheit — haben in gewissem, sehr bedingtem Sinne sich bereit erklärt, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz zu bewilligen; die verkürzte Dienstzeit dürfte natürlich als gescheitelt, dauernde Einrückung gewährt werden; die vergrößerte Dienstzeit dürfte natürlich als gescheitelt, dauernde Einrückung gewährt werden; die vergrößerte Dienstzeit dürfte natürlich als gescheitelt, dauernde Einrückung gewährt werden.

Doch dies nur beiläufig, um die deutschfreisinnige Partei daran festzuhalten, daß ihr heute auf längere Fristen annehmbar erscheint, was ihr 1887 ganz und gar unerträglich war. Rame es nun lediglich darauf an, die zweijährige Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenz einzuführen, und wäre nur über die Frist von Jahren der Bewilligung ein Streit, so würde eine Mehrheit im Reichstage ohne Weiteres zu haben sein. Das Centrum sowohl, wie die nationalliberale Partei würden dieser Mehrheit nicht weiter entgegenstehen, sondern nehmen, was eben zu erhalten am sichersten wäre. Die Conservativen und der linke Flügel der Conservativen würden sich auszusprechen und jedenfalls die Mehrheitsziffer herstellen, ob nun der Freisinn mitginge oder abschwante.

durch die Bier- oder Tabaksteuerung u. — wird mit der äußersten Eile vollends sein Abkommen sich ermöglichen.

Dieser Ausblick stets vor Augen zu behalten, hat die Regierung unseres Erachtens allerdings wohl begründete Ursache. Die Salven des Beifalls, die dem Reichstage jüngst geopfert wurden, als er die Conferativen vor dem Antisemitismus warnte, — mögen wohlgefällig empfunden worden sein. Aber auch der stürmische Beifall zur Kriegs-Erklärung an die Abwärt- Böhmeische Demagogie ist noch lange keine Verpflichtung der Heeresfolge auf dem Gebiete militärischer Bewilligungen. Der Kanzler selbst hat diejenigen für schlechte Patrioten erklärt, die ihm Soldaten verweigern wollten, nur weil er die bimetallicischen und antisemitischen Bestrebungen verurtheilt. Umgeben werden ihm die Nationalen erklären, daß sie sich selbst für schlechte Soldaten erklären, wenn sie nur wegen dieser Ueberstimmung im Urtheil über Antisemitismus und Bimetallismus sich zu militärischen Opfern entschließen würden, denen sie grundsätzlich und sachlich widerstehen.

Soll also eine Verständigung überhaupt erzielt werden, so ist die Rechnung dann am sichersten, wenn die Freisinnigen überhaupt außer Anlaß bleiben. Das sind freilich nur bei Demokraten an die 80 Stimmen und die 36 Socialdemokraten sind von vornherein auszuschließen. Das Gebiet, auf welchem die Verständigung gänzlich fallen denkbar ist, beschränkt sich somit bereits auf eine Anzahl von rund 280 Angehörigen des Reichstages.

Unter ihnen sind nun vorerst zwei verschiedene Richtungen ins Auge zu fassen: die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit und gleichzeitig grundsätzlichen Gegner des Erneuerungs- und Verjüngungsplanes, — das sind etwa 40 Conservativen, — andererseits die Anhänger der zweijährigen Dienstzeit und gleichzeitig grundsätzlichen Freunde der „Verjüngung“, das sind die übrigen 240 Abgeordneten, die Nationalliberalen und gemäßigten Conservativen, das Centrum, die Polen und die Mehrzahl der Wälder.

Gewiß sind 240 noch immer eine Mehrheit, aber es genügt, die einzelnen Bestandtheile derselben hier aufgezählt zu haben, um die Schwierigkeit, ja die Gefahr der inneren Lage erkennbar zu machen. Wie soll irgend eine Regierung im Stande sein, eine solche Mehrheit zusammenzufassen? Die Ultramontanen und Polen sind ohne erhebliche Zugeständnisse nimmermehr zu haben, und wie auch die Zugeständnisse verlangt werden, immer werden sie in der unüberholbaren Minderzahl verlangt sein, gerade die andere Hälfte der zur Mehrheit vorhandenen politischen Gruppen, die beschriebenen Mittelparteien, zu schädigen, womöglich zu isoliren!

Und darin liegt der schwere Fehler der Regierungspolitik, daß sie ins Uferlose hinausgeriet, um jetzt unvorbereitet, einflusslos, ohne stützende Kraft diesem Dilemma gegenüberzutreten; daß sie sich einredete, der festen Mehrheit entgegen zu können, deshalb auch jeden Versuch, eine feste Mehrheit sich allmählich wieder zu schaffen, gescheitert vermie. Mit beweiswerthem Optimismus hat der Kanzler alle Hoffnungen auf die Kraft seiner Gründe gebaut, — er muß sich heute bereits fagen, daß dieses Vertrauen gänzlich getäuscht ist.

Welche Folgen wird er daraus ziehen? Es steht fest, daß auch die größte Wortverwendung nicht ausgerichtet hat, nur die 240, auf die er gänzlichsten Falles rechnen konnte, bis zur Bewilligung der ganzen Vorlage hinzureisen. Es steht eben so fest, daß zur Zeit kaum 100 Stimmen für eine mehr oder weniger erhebliche Bewilligung über die gegenwärtige Präsenz hinaus in Betracht kommen. Damit ist in der That die Vorlage so, wie sie eingebracht ist, als gescheitert zu betrachten, und es fragt sich nur noch: läßt sich diese Regierung überhaupt etwas abhandeln, wieviel, und welchen Preis vermag sie dem Centrum zu bieten, daß es eine wesentlich herabgeminderte, aber doch eine über die gegenwärtige Friedenspräsenz hinausreichende Ziffer mit bewilligt?

Artillerie um eine erhebliche Anzahl von Geschützen dürfte durchzuführen sein, wenn nötig, einzustellen, ohne die Mannschaften dazu, bis eben die Officiere und Unterofficiere vorhanden wären, um die Mannschaften auch auszubilden zu können. Die beschriebene Verjüngung der anderen technischen Waffen, Pioniere u. s. w., würde kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Auf die Erhöhung der Mannschafsziffer für die vorhandenen Bataillone müßte die Regierung verzichten, und die vierten Bataillone könnte sie höchstens bei einem oder bei zwei Armee-corps zum Zwecke eines Versuches bewilligt erhalten, und auch dann würden schwerlich die beiden Rumpfcompagnien für diese „Schwamm-Bataillone“ zustanden werden; zum Experiment wäre auch eine solche Compagnie genug. Nach überschläglicher Schätzung würde zu allen diesen Zwecken eine Verstärkung der Friedenspräsenz um etwa 30- bis 33 000 Mann völlig ausreichend sein; für die übrigen 50 000 Mann, die verlangt werden, sind auch nicht zwei Duzend Stimmen im Reichstage zu haben. Durch jene Verstärkung um 33 000 Mann kämen wir aber auf die gleiche Höhe mit der französischen Friedenspräsenz, auf rund 520 000 Mann.

Das wäre, wenn wir Herrn von Bennigsen richtig verstanden haben, der Inhalt einer Verständigung, für welche zunächst wenigstens die Mittelparteien zu gewinnen sein würden, — immer vorausgesetzt, daß das Bedürfnis der Bewilligung wirklich nachgewiesen wird, was zur Zeit durchaus noch nicht der Fall ist. Kann die Regierung, nachdem sie so über das Maß des politisch Rathbaren hinaus auf die „ganze Arbeit“ sich vertheilt hat, — bis zu der bezeichneten Linie zurückgehen? Und wenn sie sich dazu entschließt, kann sie, ohne die Mittelparteien und das staatliche Interesse zu verletzen, das Centrum dafür gewinnen, daß es bis zu derselben Linie über das bisherige Angebot hinaus noch entgegenkommt? Wie die Dinge heute liegen, ist beides nur sehr wenig wahrscheinlich. In der That muß man befürchten, daß nach dem 10. Januar, sobald die ersten bedeutsamen Abstriche und Abtheilungen in der Commission erfolgt sind, die innere politische Lage zur inneren Krisis sich entwickelt. Dann geht es von Auflösung zu Auflösung in den Conflict oder es wird der von Herrn von Bennigsen vorgezeichnete Weg eingeschlagen, — wie und unter welcher Führung, soll uns gleichgültig sein, wenn er nur eingeschlagen und eingehalten wird.

—y—

## Telegramme.

**Wien, 15. December.** (E. T. C.) Antliches Wahlergebnis. Bei der heutigen Landtags-Erwahl im Wahlbezirk Sinsburg-Ortelsburg (7. Reg.-Bezirk Gumbinnen) an Stelle des verstorbenen Landrath von Sawerin wurden für den conferativen Kandidaten, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten von Quasnowski, Alt-Groß-Raminowen (Kr. Sinsburg), 242 Stimmen abgegeben. Ein Gegenkandidat war nicht angetreten. von Quasnowski ist somit gewählt.

**München, 15. December.** (D. B. H.) Das „Freundenblatt“ erfährt von gut unterrichteter Seite, die Bundesregierung hätten alle Vorbereitungen zur Vornahme von Reichstagsneuwahlen bereits getroffen.

**Wien, 15. December.** (D. B. H.) Nach Politischen Blättern machen Räuber gestern Nacht einen erfolglosen Versuch, den Zug der Waischau-Wiener Bahn unweit Waischau zu überfallen und eine mit Geld gefüllte Cassette zu rauben. Angeblick verhinderte das Fahrpersonal den Raub.

**Wien, 15. December.** (E. T. C.) Der Central-Rechnungsabschluss des Staatshaushalts für das Jahr 1891 weist gegenüber dem Vorschlag einen Ueberschuß von 14 370 000 Gulden auf; die directen Steuern ergaben einen Mehretrag von 6 770 000 Gulden, die indirecten Steuern einen Mehretrag von 9 100 000 Gulden, wogegen der Staatsdienstausgaben ein Ueberschuß von 10 000 000 Gulden ergab.

**Baden i. Nargau, 15. December.** (E. T. C.) Ein mandirter Güterzug der Nordostbahnlinie fuhr heute Vormittag 10 Uhr in Folge fallender Weichenstellung in ein unrichtiges Geleise und zertrümmerte vier dort befindliche leere Personenzüge, welche theilweise auf die Straße geworfen